

Erklärung von LCH und SER zum Weltlehrertag vom 5. Oktober 2015

1994 hat die UNESCO den 5. Oktober erstmals zum Weltlehrertag bestimmt, um den wichtigen Beitrag der Lehrpersonen für die weltweite Bildung und Entwicklung zu würdigen. Der Weltlehrerverband «Education International» hat als diesjähriges Motto die «*Stärkung der Lehrerschaft zum Aufbau einer nachhaltigen Gesellschaft*» gewählt. Die Lehrerdachverbände LCH und SER betonen daher den wichtigen Beitrag des Bildungswesens beim Aufbau einer nachhaltigen Gesellschaft. Bildungsqualität und Nachhaltigkeit sind zwei entscheidende Werte für unser Land.

Ende September 2015 hat die UNO-Generalversammlung im Beisein vieler Staats- und Regierungschefs einen historischen Entscheid gefällt und die Agenda 2030 verabschiedet. Im Zentrum dieser Agenda stehen 17 Ziele für eine globale nachhaltige Entwicklung. Auch Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga unterstützte in ihrer Rede vor der UNO-Vollversammlung diese Ziele. Damit soll die künftige globale Entwicklung sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig gestaltet werden, damit auch kommenden Generationen ein menschenwürdiges Leben gesichert werden kann.

Der Schlüssel zum Aufbau einer nachhaltigen Gesellschaft liegt im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Während der letzten zehn Jahre hat die Schweiz bei der BNE grosse Fortschritte gemacht. Dazu gehören die Integration von BNE in die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen und in die Lehrpläne sowie die Schaffung eines Kompetenzzentrums für BNE in Form der Stiftung «*éducation21*». Im Gegensatz zu anderen Ländern gibt es aber noch keinen BNE-Massnahmenplan für die kommenden Jahre. Um die ambitionierten Nachhaltigkeitsziele in der Agenda 2030 zu erreichen, müssen auch im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung die Anstrengungen weiter geführt und entsprechende Massnahmen getroffen werden.

LCH und SER unterstützen insbesondere das Ziel 4 in der Agenda 2030, wonach alle Kinder – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus – eine Grundschulbildung erhalten sollen und weiterführende Schulen besuchen können. Die aktuelle Flüchtlingskrise stellt unser Bildungswesen vor neue Herausforderungen. Schulen, Fachstellen und Lehrpersonen benötigen daher für Kinder und Jugendliche von kriegsvertriebenen Familien genügend Ressourcen für Integrationsmassnahmen im Bereich der Sprachschulung, der Sozialisierung und der Bewältigung erlebter Kriegstraumas. Bund und Kantone müssen sich bewusst sein, dass Sparmassnahmen bei den Schulen und die Integration von Flüchtlingskindern in das Bildungswesen nicht miteinander vereinbar sind.

Zürich und Martigny, 5. Oktober 2015